Gruppe Hannoversche Linke

(Antrag Nr. 2516/2009)

Eingereicht am 10.11.2009 um 15:22 Uhr.

Organisations- und Personalausschuss, Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung, Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung

Änderungsantrag der Gruppe Hannoversche Linke. zur Drucks. Nr. 1858/2009 (HSK VII - Personalmaßnahmen Berufsausbildung)

Antrag

HSK - Block: Personalmaßnahm en

1. Die Landeshauptstadt Hannover bildet weiterhin, wie bisher auch, über Bedarf aus.

2. Die Landeshauptstadt Hannover sichert allen nach Abschluss der Berufsausbildung eine mindestens einjährige Übernahme in das Angestelltenverhält nis zu.

Begründung

Der Oberbürgermeister stellte fest: "Menschen, die in unserem Bildungssystem allzu oft durch den Rost fallen, haben anschließend extrem schlechte Perspektiven in unserer Gesellschaft. Und umgekehrt, wer über eine hohe Qualifikation verfügt, der muss sich um seine Zukunft tendenziell deutlich weniger Sorgen machen."

Wir begrüßen diese deutliche Feststellung von Oberbürgermeister Weil. Es ist daher unverständlich, wenn jetzt von der Verwaltung den Jugendlichen eine Einschränkung der Ausbildungsplätze angedroht wird, wie im HSK VII gefordert. Wir wissen es zu schätzen, dass junge Menschen in unserer Stadt eine besondere Leistung erbringen. Deshalb fordern wir, den Jugendlichen die Chance nach einer qualifizierten Berufsausbildung zu garantieren und mit der Übernahme die Chancen für einen Berufseinstieg zu sichern. Denn Einstellungen erfolgen meist

nur dann, wenn die Jugendlichen einen qualifizierten Berufsabschluss und vor allem bereits Berufserfahrung vorweisen können. Deshalb unterstützen wir die Forderungen der Auszubildenden der Landeshauptstadt Hannover für die Übernahme nach der Ausbildung:

- weil Fachwissen sonst nicht weitergegeben werden kann
- weil nicht noch mehr junge Menschen auf der Straße sitzen sollen
- -weil hier an der falschen Stalle gespart wird

Luk List, Ratsherr

-Gruppenvorsitzender

Hannover / 16.11.2009